

ANTISEMITISMUS

"Juden raus!"

Landsberg am Lech, Januar 1951: Eine Demonstration zugunsten von NS-Verbrechern gerät zu einer antisemitischen Kundgebung.

VON Jens Christian Wagner | 27. Januar 2011 - 07:00 Uhr

© Patrick Huebgen/Wikipedia



Blick auf Landsberg am Lech. Die bayerische Stadt spielte eine besondere Rolle zu Zeiten des Nationalsozialismus

Selten in der Geschichte der Bundesrepublik wurde eine derart erbitterte vergangenheitspolitische Debatte geführt wie vor 60 Jahren, im Januar 1951. In ihrem Zentrum stand das beschauliche bayerische Städtchen Landsberg am Lech, wo in besonderer Weise deutsche Schuldabwehr und das Verlangen der Überlebenden nach Aufarbeitung der NS-Verbrechen aufeinanderprallten. Landsberg wäre kaum in den Fokus der Weltöffentlichkeit und in die Geschichtsbücher geraten, wenn es nicht von 1923 bis 1958 eine ganz besondere Rolle in der Geschichte des Nationalsozialismus und seiner Folgen gespielt hätte.

Es begann 1923 mit Adolf Hitlers Haft im Landsberger Gefängnis. Der NSDAP-Chef war nach seinem Münchner Putschversuch vom 9. November 1923 wegen Hochverrats zu fünf Jahren Festung verurteilt worden. In dieser Zeit entwickelte sich Landsberg zur Pilgerstätte für alle Nazis der ersten Stunde. Daran änderte sich auch nach Hitlers vorzeitiger Entlassung im Dezember 1924 nicht viel – erst recht nicht nach 1933, als man die »Hitler-Zelle« zu einem Wallfahrtsort machte.

Im letzten Kriegsjahr wurden Landsberg und das benachbarte Kaufering Schauplatz grauenhafter Verbrechen. Rund um die Stadt sollten Großbunker zur Produktion von Jagdflugzeugen errichtet werden. Für den Bau dieser Bunker zog die Albert Speer unterstehende Organisation Todt zwischen Juni 1944 und April 1945 bis zu 30.000 vorwiegend jüdische KZ-Häftlinge heran. Sie waren in hastig eingerichteten Lagern

untergebracht und mussten dort in Zelten und Erdlöchern hausen. Etwa die Hälfte der Häftlinge erlebte das Kriegsende nicht. Mehrere KZ-Friedhöfe bei Landsberg zeugen heute von dem Massensterben in den Lagern.

Die »Siegerjustiz« beraubt das deutsche Volk seiner »Ehre«

Die Überlebenden wurden nach ihrer Befreiung durch die Amerikaner Ende April 1945 zu Displaced Persons (DPs). Viele hatten ihre gesamte Familie im Holocaust verloren und konnten oder wollten nicht in ihre zerstörten oder von der Landkarte verschwundenen Heimatorte in Osteuropa zurückkehren. Die Amerikaner brachten sie in der Landsberger Saaburg-Kaserne unter, die mit zeitweise über 6000 Bewohnern bald zum größten DP-Camp in Bayern wurde – Zwischenstation auf der Suche nach einer neuen Heimat. Als das Lager im November 1950 aufgelöst wurde, hatten es 23.000 Menschen durchlaufen.

Doch nicht nur NS-Opfer gab es nach 1945 in Landsberg, sondern auch Täter. Ob die Amerikaner die örtliche Strafanstalt bewusst als zentralen Haftort für NS- und Kriegsverbrecher wählten, weil Hitler hier gesessen hatte, steht dahin. Sicher ist hingegen, dass man sich für die unzerstört gebliebene Stadt auch deshalb entschied, weil sie nicht weit von Dachau entfernt lag, wo zwischen 1945 und 1948 die meisten amerikanischen Militärprozesse gegen NS-Täter geführt wurden. Auch die in den Nürnberger Folgeprozessen Verurteilten brachten die Amerikaner im Landsberger War Criminal Prison No. 1 unter. Hier wurden zudem die Todesurteile vollstreckt: Mehr als 250 NS-Verbrecher starben in diesem Gefängnis bis 1951 am Galgen.

Nach anfänglicher Zustimmung zu den Prozessen gegen die Hauptkriegsverbrecher stand die Mehrheit der deutschen Bevölkerung den Nürnberger Folgeprozessen gegen Juristen, Ärzte, Diplomaten und Unternehmer, aber auch gegen SS-Offiziere ablehnend gegenüber und wehrte sie als »Siegerjustiz« ab. Diese Schuldabwehr mündete in einer umfassenden Umdeutung der Geschichte: Nicht nur die verurteilten Kriegsverbrecher wählte man als Opfer, sondern mit ihnen das ganze deutsche Volk, das, seiner »Ehre« beraubt, unter alliierter »Willkür« und Ungerechtigkeit leide.

Man forderte die Begnadigung der zu Freiheitsstrafen Verurteilten und vor allem derjenigen, über die das Todesurteil verhängt worden war. Nicht alle waren sofort hingerichtet worden. Manche »Rotjacken«, wie die Todeskandidaten wegen ihrer speziellen Gefängniskleidung genannt wurden, blieben wegen langwieriger Revisionsverfahren jahrelang im Unklaren über die Vollstreckung ihrer Strafe – darunter Oswald Pohl, der als Chef des SS-Wirtschaftsverwaltungs-Hauptamtes für das Massensterben der Zwangsarbeiter in den KZs unmittelbar verantwortlich gewesen war, und Otto Ohlendorf, der 1941/42 in der besetzten Sowjetunion als Kommandeur der SD-Einsatzgruppe D die Ermordung Zehntausender jüdischer Kinder, Frauen und Männer befohlen und geleitet hatte.

Viele Deutsche fanden es besonders unmenschlich, dass die zum Tode Verurteilten so lange zwischen Hoffen und Bangen verharren mussten. Es entwickelte sich eine breite Kampagne für die »Landsberger« – vor allem seit Herbst 1950, nachdem die US-Regierung öffentlich die westdeutsche Wiederbewaffnung vorgeschlagen hatte. Jetzt hofften Politiker fast aller Parteien in Bonn, die deutsche Zustimmung zur Wiederbewaffnung von der Begnadigung vor allem der Todeskandidaten durch die Amerikaner abhängig machen zu können. Auch Männer der Kirche und der Wirtschaft setzten sich vehement für die Verurteilten ein.

Unter Druck geriet vor allem der Hohe Kommissar John J. McCloy, der schon bald nach seinem Amtsantritt im Sommer 1949 eine Überprüfung der Gnadengesuche in die Wege geleitet, seine Entscheidung aber noch nicht bekannt gegeben hatte. Im Dezember 1950 wurde die Kampagne derart feindselig, dass sich McCloy wegen anonymer Morddrohungen gezwungen sah, seine Kinder durch Leibwächter schützen zu lassen.

Im Zentrum der Proteste stand die Stadt Landsberg. Dort identifizierten sich viele mit den verurteilten NS-Tätern. Mitte November 1950 setzte sich der Stadtrat in einer von allen Fraktionen getragenen Resolution »für die Insassen des Kriegsverbrechergefängnisses« ein, die unter anderem an Bundeskanzler Konrad Adenauer und Papst Pius XII. ging.

Während die deutsche Öffentlichkeit immer ungeduldiger auf die Entscheidung McCloy wartete, verbreitete sich am Freitag, dem 5. Januar 1951, in Bonn das Gerücht, die zum Tode Verurteilten sollten am Mittwoch, dem 10. Januar, hingerichtet werden. Sofort wurden Proteste organisiert. Am rührigsten war Gebhard Seelos, Fraktionsvorsitzender der Bayernpartei im Bundestag. Er kam mit Landsbergs Oberbürgermeister Ludwig Thoma überein, gemeinsam für Sonntag, den 7. Januar, zu einer Kundgebung auf dem Landsberger Hauptplatz aufzurufen. Schnell fand man unter weiteren Bundestags- und Landtagsabgeordneten aus der Region Bündnisgenossen. Lediglich die Kommunisten verweigerten sich. Über Aufrufe im Rundfunk und mit einem Lautsprecherwagen, den ein örtliches Elektrohaus kostenlos zur Verfügung gestellt hatte, forderte die Stadtverwaltung die Bürger zur Teilnahme an der Kundgebung auf. Die Resonanz war erstaunlich: Trotz der kurzen Frist fanden sich am Sonntag 4000 Menschen auf dem Hauptplatz ein – das war rund ein Drittel der Einwohnerschaft.

Nach der Eröffnung der »Protestkundgebung gegen die Unmenschlichkeit« durch Oberbürgermeister Thoma sprach als erster Redner der CSU-Bundestagsabgeordnete und ehemalige SA-Angehörige Richard Jaeger. Er appellierte an die Amerikaner, auf die »Stimme des Herzens« zu hören und von der Vollstreckung der Todesurteile abzusehen. Jedes einzelne Menschenleben solle »als absoluter Wert geachtet werden«. Für den späteren Bundesjustizminister, der in den sechziger Jahren einer der vehementesten Befürworter der Wiedereinführung der Todesstrafe werden sollte (»Kopf-ab-Jaeger«), waren das erstaunliche Worte.

Als Hauptredner trat der Initiator der Kundgebung, Gebhard Seelos, auf. Der Jurist und frühere Diplomat war eigentlich unverdächtig, ein Sympathisant verurteilter NS-Täter zu sein. Wegen Differenzen mit NSDAP-Mitgliedern war er 1944 aus dem Auswärtigen Dienst entlassen worden und hatte sich im April 1945 noch am bayerisch-katholischen Widerstand gegen das Regime beteiligt. Sechs Jahre später hinderte ihn das jedoch nicht, Partei für die Kriegsverbrecher zu nehmen. In »scharfen Angriffen«, schrieben die *Landsberger Nachrichten* am 8. Januar, richtete er sich gegen die Nürnberger Prozesse und »stellte die Forderungen des deutschen Volkes dar, welches sein Recht verlange und Gerechtigkeit fordere«. Die Kundgebung, rief Seelos, repräsentiere »das ganze deutsche Volk«, das jedes Unrecht ablehne, unabhängig davon, »ob es vor oder nach 1945 begangen wurde«. »Stürmischen Beifall« erntete er mit seinem Aufruf an die Amerikaner: »Hört auf mit diesem grausamen Spiel, zerschlagt nicht die heiligen Güter des Christentums, der Menschlichkeit und des Rechts!«

Teile seiner Rede gingen jedoch in Tumulten unter. Denn unmittelbar vor Beginn der Kundgebung hatten sich 300 Holocaust-Überlebende, die aus einem nahe gelegenen DP-Camp nach Landsberg gekommen waren, als Gegendemonstranten am Rande des Platzes versammelt. Sie wollten an die 90.000 Opfer Ohlendorfs erinnern. Während es bei den bisherigen Reden weitgehend ruhig geblieben war, versuchten die NS-Opfer nun, Seelos' Rede durch Zwischenrufe zu stören. Dabei kam es zu Rangeleien und Wortgefechten mit Landsberger Bürgern. Aus der Menge waren »Juden raus!«-Rufe zu hören. Die Auseinandersetzungen endeten erst, als die Polizei einschritt und mehrere jüdische DPs in Gewahrsam nahm. »Störungsversuche auswärtiger DPs im Keime erstickt«, hieß es am Folgetag dazu in den *Landsberger Nachrichten*.

Nachdem sich die »schwüle Situation«, wie der Oberbürgermeister die Vorgänge später umschrieb, wieder beruhigt hatte, ging die Kundgebung ungestört zu Ende. Anschließend hielten die DPs ihre Gedenkveranstaltung ab. Wenig überraschend blieben die NS-Verfolgten dabei unter sich, was auch am Bürgermeister lag, der seine Landsberger zum Verlassen des Platzes aufgefordert hatte. Trotzdem waren einige Bürger geblieben und sorgten dafür, dass die Ankündigung des Redners der DPs, künftig in jedem Jahr Gedenkfeiern »für die 90000 von Ohlendorf ermordeten Juden« in der Stadt organisieren zu wollen, »durch Pfeifen und Zwischenrufe übertönt wurde«, wie die *Nürnberger Nachrichten* berichteten.

Die Begnadigungs-Kundgebung sorgte bundesweit für Aufsehen, wenn auch nicht im Sinne ihrer Organisatoren. Vielmehr entwickelte sich die »Schlüssel- und Sternstunde [...] freier und stolzer Bürger«, wie Oberbürgermeister Thoma die Kundgebung vor dem Stadtrat bezeichnete, zu einem medialen Desaster. In der überregionalen Presse, die ansonsten überwiegend in den Chor derer einstimmte, die eine Begnadigung der Häftlinge forderten, gab es nämlich durchaus kritische Stimmen. Die *Süddeutsche Zeitung* etwa schrieb, die

Landsberger hätten »ihre Veranstaltung zu einer erstklassigen antisemitischen Hetze ausarten« lassen, und im Bayerischen Rundfunk waren ähnliche Kommentare zu hören.

Zu den schärfsten und bekanntesten Kritikern der Veranstaltung gehörte der Auschwitz-Überlebende Philipp Auerbach, Präsident des Bayerischen Landesentschädigungsamtes und Mitglied im Direktorium des Zentralrates der Juden in Deutschland. Am Vortag der Demonstration hatte der Zentralrat bereits eine Erklärung verbreitet, wonach er »in der Stunde der Demonstrationen und Appelle für die Landsberger Mörder« daran erinnere, »daß die Männer, für welche Kirchen und politische Parteien sich einsetzen, Massenmörder sind, die den Tod von Hunderttausenden auf dem Gewissen haben« und auf Gnade deshalb keinen Anspruch hätten. Wenige Tage nach der Demonstration bekräftigte Auerbach diese Haltung in einem Rundfunkkommentar. Er klagte darüber, dass just die Landsberger sich zu einer Demonstration zugunsten der Kriegsverbrecher eingefunden hätten: Gegen die Ermordung Tausender Menschen in den KZs rund um Landsberg habe keiner die Stimme erhoben.

Damit bezog sich Auerbach nicht nur auf die Mitwisser- und Mittäterschaft vieler Landsberger in den Jahren 1944/45, sondern auch auf eine unwürdige Debatte, die 1949 für Aufsehen gesorgt hatte. Damals war darum gestritten worden, wie viele Menschen in den Landsberger KZs umgekommen waren. Auerbach hatte von 60.000 Opfern gesprochen. Etliche Einheimische beharrten darauf, es seien »höchstens 4000« Tote gewesen. Einer der erbittertesten Gegner Auerbachs in diesem makabren Streit war das ehemalige NSDAP-Mitglied Paul Winkelmayr gewesen, Chefredakteur der *Landsberger Nachrichten* und Fraktionschef der CSU im Stadtrat. Winkelmayr ließ keine Gelegenheit aus, die Schreckenszahlen kleinzureden. Erst eine vom Landrat eingesetzte Kommission, der neben NS-Opfern auch Winkelmayr und Oberbürgermeister Thoma angehörten, hatte sich schließlich nach Zeugenbefragungen auf die recht willkürliche Zahl von 14.500 KZ-Toten im Landkreis Landsberg geeinigt.

Auerbach kannte also seine Kontrahenten bereits gut, als er im Januar 1951 öffentlich gegen die Protestdemonstration zu Felde zog. Zudem forderte er vom Oberbürgermeister Aufklärung über die antisemitischen Ausschreitungen. Thoma wies jede Kritik zurück. Die Kundgebung, schrieb er an Auerbach, habe nicht der Verteidigung von Kriegsverbrechen gegolten, sondern sei ein »Protest für Recht und Gerechtigkeit, für die Menschenrechte« gewesen.

Dass er in Wirklichkeit ganz anders dachte, wird in vielen weiteren Schreiben deutlich, etwa an Prinzessin Helene von Isenburg, die als »Mutter der Gefangenen von Landsberg« bundesweit bekannt war. Ihr versicherte er im Februar 1951, er sei »immer im Geiste mit Ihren Bestrebungen«.

Noch deutlicher wird seine Haltung in einem entlarvenden Brief, den er kurz nach der Kundgebung an Pohl, Ohlendorf und die anderen zum Tode Verurteilten richtete. »Sehr geehrte vom Geschick besonders hart betroffene Männer! Wie ich [...] erfahren habe,

war Ihnen die Kundgebung am vergangenen Sonntag auf dem historischen Marktplatz in Landsberg wieder einmal eine der so seltenen Sternstunden im Leben. Sie haben wieder Kraft und Hoffnung geschöpft. Das war auch der tiefere Sinn der Veranstaltung. Im Geiste mit Ihnen verbunden, wollten wir wieder einmal das Weltgewissen aufrütteln.«

In Bonn zeigt man Verständnis für die »Gegenmaßnahmen« der Landsberger

Ähnliche Töne, bisweilen sogar offen antisemitische, schlug vor allem Lokalredakteur und Stadtrat Winkelmayr an, und auch aus Bonn gab es Rückendeckung für das ausgeprägte Landsberger Opferbewusstsein. Richard Jaeger etwa zeigte Ende Januar 1951 in einem Brief an den SZ-Redakteur Ernst Müller-Meinigen Verständnis für die »Gegenmaßnahmen« der Landsberger gegen die jüdischen DPs, indem er zu bedenken gab, »daß die Bürgerschaft der Stadt Landsberg immerhin mit einigem Grund nicht mehr so warme Gefühle gegenüber den DPs hegt, wie sie dies in ihrer großen Mehrheit vor dem 8.5.1945 tat«. Angesichts des Massensterbens in den Lagern um Landsberg 1944/45, dem die meisten Einheimischen tatenlos zugesehen oder das sie sogar aktiv unterstützt hatten, war dies ein bemerkenswerter Satz. Er zeigt deutlich, wie stark sich die Gewichte zwischen Opfern und Tätern in der Zeit zwischen der Kapitulation im Mai 1945 und den deutschen Protesten gegen die Nürnberger Urteile im Winter 1950/51 verschoben hatten.

Der vermeintliche Hinrichtungstermin am 10. Januar verstrich im Übrigen, ohne dass etwas geschah. Das war auch nicht weiter verwunderlich, denn noch hatte John McCloy ja nicht das Ergebnis seiner Gnadengesuch-Überprüfungen verkündet. Das geschah erst drei Wochen später. Am 31. Januar gaben McCloy und General Thomas T. Handy, der als US-Oberkommandierender in Europa die Verantwortung für die in Dachau Verurteilten trug, ihre Entscheidung bekannt. Von den 28 Todesurteilen sollten sieben vollstreckt werden, alle anderen wurden in Haftstrafen umgewandelt. Nach der Ausschöpfung letzter Rechtsmittel wurden die sieben zum Tode Verurteilten, darunter Oswald Pohl und Otto Ohlendorf, am 7. Juni unter heftigen Protesten aus der Bevölkerung hingerichtet.

In der Folgezeit ließen die Amerikaner die verbliebenen, noch über 500 Landsberger Gefangenen nach und nach frei. Mit der vorzeitigen Entlassung der vier letzten Häftlinge am 9. Mai 1958 war das War Criminal Prison No. 1 Geschichte.

Philipp Auerbach, der sich so nachdrücklich gegen die Solidarisierung mit den Tätern und die Umdeutung der Geschichte eingesetzt hatte, erlebte die Freilassung der NS-Verbrecher nicht mehr. Nur wenige Wochen nach der Landsberger Kundgebung wurde er wegen angeblicher Veruntreuung von Geld innerhalb seiner Entschädigungsbehörde verhaftet. Es folgte ein zweifelhaftes und durch den bayerischen Justizminister Josef Müller (CSU) politisch instrumentalisiertes Verfahren, das am 14. August 1952 mit der Verurteilung zu einer Gefängnisstrafe endete. In der Nacht nach der Urteilsverkündung nahm sich Auerbach, der bis zuletzt seine Unschuld beteuert hatte, das Leben.

Der Autor ist Historiker und Leiter der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora, Nordhausen

COPYRIGHT: ZEIT ONLINE

ADRESSE: <http://www.zeit.de/2011/05/Landsberg-Antisemitismus>